Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 30. Abendblatt. Sonnabend, den 18. Januar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 17. Januar. Die alte Spielerei mit den Gerüchten von einem Ministerwechsel fängt, wie gewöhnlich bei den Etatsberathungen oder ähnlichen Angelegenheiten, wieder an, eine größere Rolle zu spielen. Das von einigen demokratischen Abgeordneten als Parole ausgegebene und von einigen demokratischen Korrespondenten im Auftrage willig weiter kolportirte Gerücht vom Rücktritt des Grafen Eulenburg findet natürlich in mehreren Blättern Aufnahme und bei denselben bald mehr bald weniger Glauben. Um dem Gerüchte einigen Anhalt zu geben, hat man auf die Einladung hingewiesen, die Herr v. Bennigsen zur Königlichen Tafel erhalten hat. Es ist dies wieder ein Beweis, mit welchen Gründen die Opposition ihre Nachricht, resp. ihre Erfindungen zu unterstützen pflegt, Herr v. Bennigsen ist nämlich als Vice-Präsident des Abgeordnetenhauses zugleich mit den beiden andern Präsidenten zur Königl. Tafel gezogen worden, so daß also hier weiter nichts als ein Courtoisie des Königs gegen das Präsidium des Abgeordnetenhauses vorliegt. Andrerseits hat an demselben Diner zugleich auch der Minister des Innern Graf zu Eulenburg Theil genommen, was den demokratischen Berichterstattern Behufs Ergänzung ihrer Berichte bemerkt werden mag. Es mag zugleich hinzugefügt werden, daß Graf Eulenburg überhaupt nicht blos an diesem Diner, sondern an allen in jüngster Zeit stattgehabten Hoffestlichkeiten Theil genommen hat und von Sr. Majestät dem Könige bei jeder passenden Gelegenheit ausgezeichnet worden ist. Nebenbei hat die Abfertigung, die der Minister Graf Eulenburg den Abgeordneten Herren Virchow und Genossen in der Dienstagssitzung hat angedeihen lassen, in konservativen und maßgebenden Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht und auch nach der andern Seite hin den Erfolg gehabt, daß die Opposition in Folge des gemachten Fiasco ihre Angriffe gegen den Minister Grafen Eulenburg seit dem eingestellt hat. — Die „Zeidlersche Korrespondenz" enthält einen Artikel über den Nothstand in Ostpreußen, dessen Ton mit dem Ernste der Sache, die es betrifft, nicht übereinstimmt. Wir sollten meinen, daß man die demokratischen Uebertreibungen des Hrn. v. Saucken-Julienfelde auf andere Weise lächerlich machen kann, als es von der Zeidlerschen Korrespondenz geschehen ist. Es mag daher erklärt werden, daß die Zeidl. Korresp. ein unabhängiges Organ ist, das in keiner Beziehung zur Regierung steht und am wenigsten mit diesem Artikel den Ansichten der Regierung entsprochen hat. — Nach einer telegraphischen Nachricht aus Frankfurt soll den Spielpächtern in Wiesbaden und Ems die Fortdauer des Spiels noch auf 5 Jahre unter der von ihnen jetzt angenommenen Bedingungen gestattet werden, daß sie eine Million Thaler für den Wiesbaden-Emser Kurfonds zahlen. Der Inhalt der Depesche entspricht allerdings im Wesentlichen den Grundlagen, auf denen bisher zwischen der Regierung und den Spielpächtern verhandelt wordin ist; indessen ist zur Zeit, wo wir dies schreiben, von dem Abschluß des Vertrages oder der Vollziehung desselben durch den König hier nichts bekannt. — Die französische Regierung hat beim Norddeutschen Bunde einen Antrag auf Ermäßigung des Zolles für verschiedene Gegenstände gestellt. Es stehen deshalb Verhandlungen zwischen den Zollvereinsstaaten bevor. — Die durch die Postverträge vom 23. November v. J. ermäßigte Posttaxe für Drucksachen bezieht sich auf alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, photographirte oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte Gegenstände. Ausgenommen sind aber alle Schriftstücke, welche mittelst der Kopirmaschine oder Durchdruck angefertigt sind.

Berlin, 18. Januar. J. Maj. die Königin äußerte am Montag bei Besichtigung der im Kgl. Schlosse bis dahin zum Bazar für die Nothleidenden in Ostpreußen eingegangenen Geschenke gegen die mit der Annahme beschäftigten Damen, es sei wahrhaft rührend diese überschwengliche Fülle der Gaben; so etwas könne man doch nur in Berlin sehen.

— Der Geh. Reg.-Rath Dr. Esse ist gestern von seiner nach den bedrängten Gegenden Ostpreußens unternommenen Reise zurückgekehrt.

— Von dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhause sind 25 Mitglieder zum Ordensfest eingeladen.

Berlin, 16. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 30. Sitzung. Präsident: v. Forckenbeck. — Am Ministertisch: Frhr. v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, Graf zu Eulenburg und v. Selchow und mehrere Regierungs-Kommissare. Die Tribünen ziemlich schwach besetzt, die Plätze im Hause zahlreicher als in den letzten Tagen. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Urlaubsgesuche werden verlesen und bewilligt. Der Vorstand des Vereins deutscher Landwirthe hat zum ersten Kongreß Einladungskarten gesandt. Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Präsident für die geschäftliche Behandlung des Antrages der Abgg. Huggenberg und Franke Schlußberathung vor. Der Antrag lautet: „Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage thunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Geschlechts-Vormundschaft — cura sexus — soweit dieses Rechtsinstitut in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein noch besteht, aufgehoben wird." — Das Haus tritt in den ersten Theil der Tagesordnung ein: Bericht der 11. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 40 Mill. Thlrn., zur Deckung von Vorschüssen für Eisenbahn-Anlagen und für Beschaffung von Betriebsmitteln auf den Eisenbahnen in den neuen Landestheilen, beziehungsweise zur Erweiterung des Bahnnetzes in diesen, wie in den alten Provinzen. Die Generaldiskussion wird eröffnet. Während die Redner sich zum Worte melden, erhalten die Anträge der Abgg. Wehr, Bieck, Miquél und Dr. Hammacher genügende Unterstützung. Gegen die Vorlage haben sich 3, für dieselbe 2 Redner gemeldet. Zum Kommissionsberichte liegen folgende Anträge vor: 1. vom Abg. Wehr: a) „die Königliche Staatsregierung aufzufordern, bei der Ausführung der nach dem vorliegenden Entwurfe in der Provinz Preußen zu bauenden Eisenbahnen von dem Verlangen Abstand zu nehmen, daß die Gemeinden und Kreise den zum Bau erforderlichen Grund und Boden ohne Entschädigung hergeben, b) die Königl. Staats-Regierung aufzufordern, mit der Inangriffnahme der Eisenbahn Schneide-Dirschau so früh wie möglich zu beginnen und die Erdarbeiten an mehreren Orten in Angriff zu nehmen und dadurch der dortigen arbeitslosen Bevölkerung Verdienst und Unterstützung zu schaffen. Bei der Bahn Thurn-Insterburg ist dieses bereits von der Kgl. Staatsregierung zugesagt." 2. Von dem Abg. Bieck. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen: der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft zu gestatten, daß sie die Halle-Kasseler Bahn von Arenshausen nicht über Großalmerode, sondern über Münden weiterführe. 3. Von dem Abg. v. Unruh. Das Haus der Abgeordneten wolle zu § 1 des Gesetzes beschließen: ad 1 für Vollendung der Eisenbahn von Göttingen nach Ahrenshausen 259,000 Rt. zu bewilligen, jedoch gleichzeitig die Königliche Staats-Regierung aufzufordern: die Halle-Kasseler Eisenbahn nicht über Großalmerode, sondern über Münden nach Kassel führen zu lassen. 4. Von dem Abg. Miquel folgendes Unter-Amendement zu dem Antrage des Abg. v. Unruh. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Am Schlusse des Antrages hinzuzufügen: „und dabei zu erklären, daß eine Erweiterung der bereits übernommenen Garantie für die Bahn Halle-Kassel unzulässig erscheinen würde." 5. Von dem Abg. Dr. Hammacher: den Antrag der Kommission, betreffend den Bau der Schneidemühl-Dirschauer Bahn abzulehnen. 6. Von dem Abg. v. Hennig: dem § 1 die Einleitungsworte vorauszuschicken: Wir Wilhelm von Gottes Gnaden verordnen, was folgt. — Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort, und es spricht zunächst gegen die Vorlage der Abg. v. Vincke (Minden): Er erörtert die Verhältnisse einzelner Bahnen, namentlich der hannöverschen, und empfiehlt die Annahme eines vom Abg. Bieck gestellten Antrages: die Regierung zu ersuchen, der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft zu gestatten, daß sie die Halle-Kasseler Bahn von Arenshausen nicht über Groß-Almerode, sondern über Münden weiterzuführe.

Abg. v. Unruh: Der Zusammenhang dieser Vorlage mit dem Nothstande sei ein sehr loser. Er läugne den Nothstand nicht, er hätte vielmehr gewünscht, daß die Regierung bereits früher Schritte zur Beseitigung desselben gethan. Er gebe auch zu, daß Eisenbahnen geeignet seien, künftigen Nothständen vorzubeugen, aber man dürfe auch nicht aus den Augen verlieren, daß der Grund des Leidens nicht allein in dem Mangel an Kommunikationswegen liege. Er halte jedoch die Bahn von Thorn nach Insterburg für ein geeignetes Mittel zur Abhülfe des Nothstandes. Prinzipiell sei er Gegner der Staats-Eisenbahnen und der garantirten Bahnen. Ein Fehler derselben sei schon das endlose Hervorrufen unberechtigter Ansprüche; dies beweisen die vielen Petitionen um den Bau von Eisenbahnen. Bei der Prüfung der Vorlage komme namentlich die Rücksicht auf den Kredit des Staates in Betracht. Die Anleihen und Garantieen, welche der Staat bereits übernommen, belaufen sich auf 150 Millionen. Man müsse dabei die Frage aufwerfen, ob so viele Mittel in den anderen Zweigen der Verwaltung vorhanden seien. Wenn auch die Bahnen nicht mit einem Male gebaut würden, so schwebe die Anleihe, sobald sie hier beschlossen, wie ein Damoklesschwert über der Börse. Man müsse sich fragen: was würde geschehen, wenn der Staat in Folge einer Krisis einmal in die Lage käme, eine große Staatsanleihe zu machen? Das Ausland würde das Geld nur unter Bedingungen geben, welche uns in die Reihe der schuldenmachenden Staaten versetzen. Es habe im Auslande einen großen Eindruck gemacht, daß Preußen in der Lage gewesen, zwei Kriege zu führen, ohne eine Anleihe zu machen. Er wünsche, daß die Regierung auf dem in der Vorlage eingeschlagenen Wege nicht fortfahren möge, würde aber dennoch in der Lage sein, für die Vorlage zu stimmen. Seine Bemerkungen über die einzelnen Bahnen behalte er sich vor. — Abg. v. Benda empfiehlt Ablehnung der Vorlage. (Der Redner ist auf der Journalisten-Tribüne nicht genauer zu verstehen.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Regierung habe in Bezug auf den Bau von Eisenbahnen ein gemischtes System verfolgt, und sie habe Ursache, dabei vollkommen zufrieden zu sein. Der Staat müsse jetzt angefangene Bahnen vollenden, er müsse da eintreten, wo er Garantieen übernommen. Blicke man nach Ostpreußen, so finde man gerade dort die großen Lücken, die der Staat ausfüllen müsse. Die Vorlage sei eine unabweisbare Pflicht des Staates gewesen. Der Eisenbahnbau sei damit noch nicht abgeschlossen, er nenne nur die Namen: Memel, Danzig, Elbing. Wenn man die heutige Vorlage vom finanziellen Standpunkte aus betrachte, so sei sie nicht so schlimm, wie sie aussehe. Die Anleihe für die Ostprovinzen komme erst in 6 Jahren zur vollen Hebung; in Weypreußen sei dringende Nothwendigkeit vorhanden, angefangene Bahnen zu vollenden. Man habe auf die Staatsbahnen gescholten. Für das Land seien gewiß die Staatsbahnen besser, als die Privatbahnen. Es liege in der Natur der Sache, daß letztere zunächst ihr Privat-Interesse in Obacht nehmen. Das Staats-Interesse stehe für sie nur in zweiter Linie. In Zeiten der Noth könne der Handelsminister bei Staatsbahnen den Tarif sofort heruntersetzen, bei Privatbahnen nicht. Außerdem seien die Staatsbahnen eine Einnahmequelle für den Staat; man könne also nicht sagen, daß durch die Anleihen für Eisenbahnen das National-Vermögen vermindert werde. An dem Tage, wo die Arbeiten für die Eisenbahn in einer Provinz eröffnet würden, sei die betreffende Provinz schon um ein sehr Bedeutendes wohlhabender. Die Kommunikationsmittel seien es gerade, was der Provinz Ostpreußen fehle, und es sei ein Unglück, daß nicht schon früher dafür gesorgt worden. Er hoffe, daß aus der Bahn eine neue Blüthe für die Provinz hervorgehe. (Bravo!) — Abg. Heise: So lange eine Hoffnung vorhanden sei, eine neue nothwendige Eisenbahnliuie durch Privatgesellschaften herzustellen, so lange werde die preußische Staatsregierung solche Vorlagen niemals machen; wenn aber auf diese Weise eine neue Bahn, deren Nothwendigkeit anerkannt werden müsse, nicht gebaut werden kann, dann bleibt dem Staate nichts weiter übrig, als daß er mit seinen Mitteln eintrete. So sei bisher verfahren und so werde auch ferner verfahren werden müssen, und dies Verfahren habe sich in Preußen bewährt. Der Nothstand sei nicht allein das Motiv für die Bahn in Ostpreußen; es müsse die Nothwendigkeit dafür an sich anerkannt werden, und man werde durch den Nothstand nur dahin gewiesen, durch den Bau die Quelle für die Wiederholung des Nothstandes zu verstopfen. Eisenbahnen seien der Hebel für die Industrie im Allgemeinen, und von diesem großen volkswirthschaftlichen Standpunkte aus müßten die Eisenbahnen verwaltet werden. Diesen Gesichtspunkt hätten die Privatgesellschaften nicht im Auge. Er sehe in der Vorlage keine Gefahr für den Staat und werde für dieselbe stimmen.

Abg. Dr. Löwe: Man müsse die allgemeinen Betrachtungen über das System in den Vordergrund stellen, von dem aus das Eisenbahnwesen in Zukunft geführt werden soll. Das Haus habe diese Vorlage nicht als Eisenbahn-Vorlage, sondern als eine Nothstands-Vorlage betrachtet. Die Kommission habe diesen Gesichtspunkt in ihren Verhandlungen nicht sehr in den Vordergrund treten lassen, aber sie habe auch die große Frage, in welchem System das Eisenbahnwesen fortgeführt werden solle, nicht genügend erörtert. Wenn man an die Stelle des Wortes „Kreditfähigkeit des Staates" das Wort „National-Reichthum" setze, so lasse sich das Verfahren der Regierung allerdings sehr leicht rechtfertigen. Wenn aber ein Krieg ausbreche, sei dann das Staatseigenthum etwa ein Mittel für die Kreditfähigkeit des Staats? Wenn der Staat selbst gefährdet sei, dann sei es ein übles Ding, auf Grund von Staatseigenthum große Finanz-Operationen zu machen. Staatseisenbahnen seien auch um deshalb schlimm, weil sie ein ganzes Heer von neuen Beamten schafften, welche der Staat entbehren könne. Er werde heute und immer gegen die Staatseisenbahnen sprechen. Aber er habe seine Gründe, für einen Theil der Vorlagen zu stimmen, und diese seien, daß in den neuen Landestheilen Eisenbahnlinien angefangen seien, die vollendet werden müßten. Die Thorn-Insterburger Bahn anlangend, so werde er für dieselbe stimmen, weil die Provinz Ostpreußen durch die Anerkennung der russischen Grenzsperre in die Lage gekommen sei, eine Mißernte nicht ertragen zu können. Die Verarmung der Provinz sei durch die Schuld des Staats herbeigeführt und diese wolle er wieder gut machen. Die Eisenbahn allein werde die Verarmung nicht beseitigen, es müsse vielmehr die Selbsthülfe der Provinz durch freie politische Institutionen geweckt und befördert werden. Gegen die Bahn zwischen Dirschau und Schneidemühl müsse er sich erklären, weil für diese Bahn alle die vorher anerkannten Gründe nicht vorhanden seien. Eine ganz unmittelbare Wirkung auf den Nothstand werde die Eisenbahn nicht haben; denn die Leute seien in vielen Gegenden schon so geschwächt, daß sie nicht mehr die direkte Selbsthülfe ausüben können.

Handelsminister Graf v. Itzenplitz. Was das Prinzip betrifft, so befolge ich das, möglichst viele Eisenbahnen zu bauen und möglichst rasch; mir ist dabei jeder Weg recht, wenn er nur gesetzlich zulässig und anständig ist; also Gesellschafts- und Staatsbahnen mit und ohne Garantie. Wenn ich hier beantrage, eine Bahn mit Garantie zu bauen, so geschieht es, weil es nothwendig ist. Der Herr Vorredner hat behauptet, daß es in unserem Systeme liege, nur Staatsbahnen zu bauen. Dem gegenüber muß ich bemerken, daß der Umfang der zur Zeit von Privatgesellschaften in Angriff genommenen Bahnen ein viel größerer ist, als der in diesem Gesetze genannten. Ich will hier einmal die Bahnen aufzählen, die augenblicklich von Gesellschaften gebaut werden, die Zahl der Millionen, die diese Eisenbahnen kosten, ist eine außerordentlich große. 1) Die Fortsetzung der Köln-Mindener Bahn bis nach Holland; 2) die Fortsetzung der Bergisch-Märkischen Bahn; 3) die Bahn von Frankfurt nach Posen; 4) von Kassel nach Halle; 5) die Bahn Halle-Guben-Sorau, die eben angefangen werden wird; 6) die Verlängerung der Breslau-Freiburger Bahn; 7) von Berlin nach Leubus; 8) die Rechte Oder-Ufer-Bahn; 9) die Ostpreußische Südbahn 2c. Wenn Sie diese Millionen nachrechnen, so werden Sie finden, daß der Umfang der Privatbahnen, die jetzt gebaut werden, bedeutend größer ist, als der der Staatsbahnen. — Abg. Miquel: Die Bahn wird dem augenblicklichen Nothstand nicht abhelfen können, dagegen soll sie die dauernden Ursachen der Verarmung beseitigen und eine Wiederkehr des Uebels verhüten. Die Staatsbahnen aus prinzipiellen Gründen zu verwerfen, ist ungerechtfertigt. Die Prinzipien, auf die man volkswirthschaftliche Fragen zurückzuführen sucht, haben keine absolute Wahrheit, sondern ändern sich mit den Zeitverhältnissen. Man muß deshalb an solche Fragen, wie die vorliegende, nicht den Maßstab eines Prinzips legen, sondern nach der Lage der speziellen Verhältnisse urtheilen. Gerade Bahnen, die, wie ein Theil der projektirten, vorläufig eine zweifelhafte Rentabilität haben, können nur vom Staate übernommen werden, weil dieser nicht allein das Interesse hat, aus der Bahn Gewinn zu ziehen, sondern zugleich den Vortheil berücksichtigt, der ihm aus dem Emporblühen der Landestheile erwächst. Außerdem glaube ich, daß keine Provinz eine so bedeutende Zukunft vor sich hat, wie gerade Ostpreußen. Der eigene Vortheil muß Rußland zwingen, die Grenzsperre aufzuheben, die Provinz hat zudem schöne Häfen, guten Boden und ist exportfähig, Grund genug, um die künftige Rentabilität der Bahn außer Zweifel zu setzen. Die gegen den Bau von Staatsbahnen vorgebrachten Bedenken kann ich nicht theilen. Daß das Kapital dadurch dem Grundbesitz entzogen, daß der Cours der Staatspapiere durch die Eisenbahnpapiere herabgedrückt würde, sind Einwürfe, die ebenso gegen Privatbahnen geltend gemacht werden können. Eine Belastung des Staates und Minderung seiner Kreditfähigkeit wird in gleicher Weise durch die Uebernahme einer Zinsgarantie herbeigeführt, wie durch die direkte Aufnahme einer Anleihe.

Abg. Dr. Bender dankt dem Vorredner für die gute Meinung und die Wünsche, die er hinsichtlich der Zukunft der Provinz Preußen ausgesprochen hat, und empfiehlt im Interesse der Förderung der materiellen Interessen die Annahme der Vorlage. — Abg. v. Denzin bittet, auf die Interessen der Provinz Pommern beim Bau von Eisenbahnen künftig etwas mehr Rücksicht zu nehmen, da diese Provinz in dieser Beziehung am meisten vernachlässigt sei. In den östlichen Kreisen von Pommern sei die Noth noch größer, als in Ostpreußen. Die Staatsregierung möge die ernstlichsten Maßregeln ergreifen, die Berlin-Stettiner Gesellschaft anzuweisen, den Bau der Bahn von Stolp nach Danzig schon im nächsten Frühjahr in Angriff zu nehmen. — Reg.-Kommissar v. d. Reck erklärt, daß die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft den Bau nicht eher in Angriff zu nehmen veranlaßt werden könne, als bis die Frage der Grundentschädigung erledigt sei. — Die Generaldiskussion wird geschlossen. — Der Berichterstatter nimmt hierauf das Wort, um die Kommissionsvorlage zu vertheidigen und wendet sich dabei gegen die Ausführungen der einzelnen Redner. Die finanzielle Lage des Staates verbiete keineswegs die Aufnahme einer Anleihe und eine Gefährdung des Kredits sei nicht zu befürchten. Die Ausführungen des Redners bezüglich der einzelnen projektirten Linien halten sich wesentlich an den Kommissionsbericht, welcher zum großen Theile schon früher mitgetheilt ist.

Es folgt nun die Spezial-Diskussion über §. 1, Nr. 1: Für die Vollendung der Eisenbahn von Göttingen nach Ahrenhausen mit 259,000 Rt. — Abg. Bieck empfiehlt den dazu gestellten Antrag Unruh's, gleichzeitig die Regierung aufzufordern: die Halle-Kasseler Eisenbahn nicht über Groß-Almerode, sondern über Münden nach Kassel führen zu lassen. — Handels-Minister Graf Itzenplitz: Wie kommen wir denn eigentlich dazu, über Etwas zu sprechen, worüber die Regierung weder eine Erklärung abgegeben, noch einen Antrag gestellt hat? das Amendement lautet dahin, der Staatsregierung jetzt schon zu sagen, daß, wenn sie Das und Das thun wollte, dem das Haus widersprechen würde. Es scheint mir parlamentarisch unmöglich und auch gefährlich, Etwas zu thun, was keine Wirkung hat. Ich habe keinen Auftrag, eine betreffende Erklärung abzugeben. In der Zeit, wo der Vertrag und die Garantie über diese Bahnen abgeschlossen wurde, hat kein Mensch an Münden, sondern nur an Groß-Almerode-Kassel gedacht.

Abg. Dr. Bähr (Kassel) (vom Platze) empfiehlt die unveränderte Annahme der Position. Es werden in Hessen sehr großer Werth auf das Zustandekommen der früher besprochenen Bahn gelegt; Kurhessen sei Preußen mit großem Vertrauen entgegengekommen und könne deshalb nicht erwarten, daß man auch seine sachlich begründeten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtige. — Der Schluß der Debatte wird abgelehnt. — Abg Graf Schwerin bittet, daß die Redner künftig auf die Tribüne gehen möchten, da es unmöglich sei, sie zu verstehen, wenn sie, wie der Vorredner, vom Platze sprächen. (Für die Berichterstatter ist es wiederum fast unmöglich, die Redner zu verstehen, wenn sie von der Tribüne sprechen.) — Abg. v. Elmendorff befürwortet den Antrag Unruh, ist aber schwer verständlich, da er von der Rednertribüne spricht. — Vom Abg. v. Vincke (Minden) ist zu Nr. 1 ein Amendement gestellt, durch welches der eigentliche Sinn des Unruh'schen Antrages, daß die Bahn nach Kassel über Münden geführt werden soll, in den Tenor des Gesetzes aufgenommen wird. — Abg. Dircks (von der Rednertribüne) bleibt vollständig unverständlich; er ist für die Regierungsvorlage eingeschrieben. — Abg. v. Unruh: Ich bin entfernt davon, den Hessen einen Schaden zufügen wollen, aber ich muß mich dem entgegensetzen, 4 bis 5 Millionen aus dem Nationalvermögen geradezu wegzuwerfen. Und das würde mit der Eisenbahn über Groß-Almerode an dem Tage der Fall sein, wo die Linie Ahrenshausen-Münden, die so wie so früher oder später zur Ausführung kommen muß, eröffnet. Redner bittet um Annahme des Vincke'schen Antrages. — Der Handelsminister protestirt noch einmal gegen die Annahme des Antrages v. Vincke und des Antrages von Unruh als unparlamentarisch und als einen Eingriff in die Verwaltung. — Abg. v. Unruh nimmt in Folge dessen seinen Antrag wieder auf. — Abg. Bieck zieht seinen Antrag zu Gunsten des Vincke'schen zurück. — Abg. Uloth vertheidigt mit großer Wärme unter zeitweiligen Heiterkeit des Hauses die Regierungsvorlage.

Abg. v. Vincke (Minden): Der Herr Minister hat gesagt: Dies

sei eine bloße Verwaltnngsangelegenheit, da habe das Haus nicht mitzusprechen. Ich glaube wohl, daß es nicht eine bloße Verwaltungsangelegenheit ist, wenn es sich um die Bewilligung einer Anleihe von 40 Millionen handelt und um die Zwecke ihrer Verwendung, es ist das verfassungsmäßige Recht des Hauses, hierbei mitzuwirken, hierbei seine Bedingungen zu stellen. Eine solche Bedingung ist die Resolution von Unruh. Es ist deshalb in der That wunderbar, wie der Herr Handelsminister diese Resolution für „Nichts bedeutend" halten kann. Wenn er die Phantasie hat, zu glauben, daß diese Resolution, die von allen Seiten des Hauses unterstützt wird, künftig von einem anders zusammengesetzten Hause nicht mehr anerkannt werden würde, oder daß, selbst wenn er bestimme, alle seine künftigen Nachfolger daran noch nicht gebunden wären, so bewundere ich diese Phantasie, kann sie aber nicht theilen; habe mich aber gerade hierdurch bewogen gefunden, diese Bedingung in das Gesetz selbst hineiuzubringen, damit ihre Wirksamkeit nicht mehr angezweifelt werden kann. Ich will dadurch einen Riegel vorschieben, damit weder diese noch eine andere Regierung, noch ein anderes Haus sie jemals ignoriren könne. Das nennt nun der Herr Minister unparlamentarisch, während es doch weiter nichts ist, als die verfassungsmäßige Ausübung der Befugnisse dieses Hauses. Redner hebt sodann nochmals die erheblichen sachlichen Gründe hervor, welche für die Richtung der Bahn über Münden sprechen und welche den Abg. v. Unruh zu seinem Antrage veranlaßt. Redner schließt unter großem Beifall mit einem energischen Appell an den Handelsminister und an die hessischen Abgeordneten, kleinliche Lokalinteressen den allgemeinen Verkehrs- und politischen Interessen nicht vorzustellen.

Der Handelsminister entgegnet, daß er, als er das erste Mal das Wort ergriffen, nur gegen die Resolutionen gesprochen habe. Die Rechte des Hauses seien ihm heilig, das habe er immer bewiesen; auch die Resolutionen des Hauses seien ihm von großem Gewichte, aber das halte er für ungewöhnlich und habe es noch nicht erlebt, daß man Resolutionen über Gegenstände faßt, die gar nicht in Frage stehen. Die Staatsregierung stimmte dem Amendement nicht bei. — Referent Abg. v. Hennig schließt sich dem Amendement v. Vincke an. — Bei der Abstimmung wird das Amendement Vincke und sodann die Pos. 1 mit dem Amendement Vincke mit sehr großer Majorität (nur etwa 10 Abgeordnete aus Hessen und Hannover stimmten dagegen) angenommen. Die Positionen 2—4 wurden rasch genehmigt. Nur zu Nr. 4 (Bebra-Hanau) nimmt Ziegler (Hanau) die Aufmerksamkeit des Hauses längere Zeit in Anspruch, ohne sie zu beschäftigen. — Präsident v. Forckenbeck will in der Spezialdiskussion fortfahren, aber v. Vincke (Minden) erinnert daran, daß es 4 Uhr ist, worauf der Präsident dem Hause die Alternative stellt, entweder mit der Berathung fortzufahren oder im Falle der Vertagung eine Abendsitzung um 7 Uhr abzuhalten. Das Haus entscheidet sich mit sehr großer Majorität für die Vertagung, mit einer kleinen, kaum erkennbaren, Gegenprobe bedürftigen Majorität für die Abendsitzung.

Der Gesetzentwurf über die Eisenbahnanleihe auf Höhe von 40 Millionen Thalern ist dem Vorschlage der Kommission gemäß in der heatigen Abendsitzung des Abgeordnetenhauses fast einstimmig angenommen worden. Desgleichen gelangte der Antrag des Abgeordneten Wehr zur Annahme, welcher dahin lautet, daß die Linie Schneidemühl-Dirschau sobald als möglich in Angriff zu nehmen sei und in solchen Gegenden, wo der Nothstand sich am drückendsten herausstelle, mit den Bahnbauten sogar an mehreren Stellen zu gleicher Zeit vorgegangen werden solle.

Elberfeld, 17. Januar. Nach einer der Elberfelder Zeitung zugegangenen Mittheilung des Pastor Frey in Langendreer waren bis gestern früh 87 Leichen aus dem Schacht herausgeschafft. Der Berghauptmann Krug von Nidda ist auf der Unglücksstätte eingetroffen.

Köln, 16. Januar. Bei der heutigen Ziehung der Dombau-Lotterie fiel ein Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 138,291. 2 Gewinne von 1000 Thlrn. auf Nr. 93,957 und 256,938. 6 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 116,441, 264,532, 272,345, 282,065, 283,347, 336,083. 18 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 579, 11,067, 48,146, 57,780, 61,513, 105,644, 118,977, 124,462, 190,163, 204,128, 206,939, 251,243, 270,492, 272,292, 289,773, 330,205, 334,849, 335,781. — Auf Nr. 101,713 fiel die Marmorgruppe von Werres im Werthe von 2000 Thlrn.

— 17. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der Dombau-Lotterie fiel auf Nr. 15,007 ein Gewinn von 10,000 Thlr., auf Nr. 131,513 ein Gewinn von 5000 Thlr., auf Nr. 203,656 Oelgemälde der Madonna.

Leipzig, 15. Januar. Die heute beendete Neujahrsmesse hat im Allgemeinen keine Befriedigung hervorgerufen. Fast alle Artikel wurden zum Nachtheil der Händler nnd Fabrikanten abgegeben und gingen Luxussachen fast gar nicht um. Sowie Tuch- und Manufakturwaaren nur zu sehr gedrückten Preisen verkauft wurden, so ging es auch den wollenen und baumwollenen Strumpfwaaren, baumwollenen Rock- und Hosenstoffen, sowie Leinenwaaren. Von Seidenwaaren wurde nur hauptsächlich schwarze Waare, aber auch zu gedrückten Preisen umgesetzt. Die Kleinhändler in den Buden und offenen Verkaufsständen klagen sehr, und viele von ihnen haben kaum die Kosten verdient. Es ist die Messe nur als eine schlechte Messe zu bezeichnen.

Stuttgart, 17. Januar. Im Abgeordnetenhause erfolgte heute die General-Diskussion des Wehrgesetzes. Alle Mitglieder des Kabinets waren anwesend. Römer und Hölder sprachen sich für den Entwurf, Mohl und Becher dagegen aus. In Betreff der Dauer der Dienstzeit erklärte der Kriegsminister, daß die Regierung einer zweijährigen Präsenzdauer den Vorzug gebe.

Ausland.

Triest, 16. Januar. Die heutige Leichenfeierlichkeit (für den Kaiser Maximilian) war vom schönsten Wetter begünstigt. Seit halb 8 Uhr Morgens waren die Straßen und Plätze, welche der Leichenzug passiren sollte, mit Trauerflaggen dekorirt. Sämmtliche Schiffe im Hafen hatten auf Halbtop gehißt. Ueberall dichtes Volksgedränge. Die Ceremonie der Einsegnung begann um 10 Uhr. Der General-Mojor, Herzog von Würtemberg, eröffnete mit den Truppen den Zug, welcher sich vom Malo San Carlo aus in Bewegung setzte. Dem mit Kränzen geschmückten Leichenwagen schritten der Munizipalrath von Triest und der Klerus vorauf. Dahinter folgten die Erzherzoge von Oesterreich, der Vice-Admiral Tegethof, die Vertreter der fremden Mächte, die Generalität, das Offizierkorps, die Konsuln, die Korporationen und das Matrosenkorps. Truppen schlossen den Zug. — Die Haltung der Bevölkerung war eine außerordentlich theilnehmende. Alle Läden waren geschlossen.

Triest, 17. Januar. Levantepost. Bombay, 28. Dezember. Die dritte Brigade des abyssinischen Expeditionskorps wird in wenigen Tagen von hier abgehen; auch die vierte ist bereits zur Abfahrt fertig.

Paris, 17. Januar. Der „Abend-Moniteur" meldet vom La Plata-Kriegsschauplatze: Nach den mit dem letzten Dampfer eingetroffenen Berichten hat seit dem Angriffe auf das Lager von Tuyuti kein Zusammenstoß zwischen den Alliirten und den Paraguiten stattgefunden. Einige kleinere brasilianische Fahrzeuge von Holz sind von der Festung Humaita aus in Grund geschossen worden. Es scheint jedoch, daß Marschall Caxias Humaita fast vollständig eingeschlossen hat und auch die die Festung mit der Hauptstadt von Paraguay, Asuncion, verbindende Wasserstraße beherrscht. Man wollte sogar wissen, daß Präsident Lopez Humaita aufgeben werde, um sich auf einen vorher befestigten Punkt zurückzuziehen, der ihm gestatten könnte, seine Hauptstadt zu decken.

Paris, 17. Januar. Der Senat hat für das Armeegesetz eine Kommission von 10 Mitgliedern ernannt. Zu derselben gehören die Admirale Ceville und Graf Bouet-Willaumez, die Marschälle Randon, Canrobert und General La Rue Behic. In den Bureaux sagte General de la Hitte bei der Beurtheilung des Gesetzes, dasselbe mache eine Berufung der Reserve unmöglich, ohne daß das Ausland davon Kenntniß erhalte. Dumas ist zum Berichterstatter über das Armeegesetz ernannt. Die Kommission wird von morgen ab ihre Sitzungen halten.

— Die Kaiserin hat sich heute Morgen nach der Bretagne begeben, um die erkrankte Prinzessin Bacchiochi zu besuchen. — Das Befinden des Grafen Goltz ist in Folge einer unruhigen Nacht weniger gut.

— Persigny beleuchtet und kritisirt in einem fünf Spalten langen Briefe an die Pariser Journale den Geist und die Tragweite des Gesetzes über die Presse. Er sagt darin: Das neue Gesetz vermag in keiner Weise die Ansichten des Kaisers darzustellen. — Dasselbe ist vielmehr ganz dazu angethan, die Freiheit der Presse zu beeinträchtigen und solche Organe in größerer Menge ins Leben zu rufen, welche der Neugier und Skandalsucht durch Angriffe auf das Privatleben schmeicheln würden. Die Folge davon wäre eine Reaktion, die zu gewaltsamen Maßregeln gegen die Presse schreiten würde. Die Regierung kann nur dadurch gewinnen, daß sie eine frei Diskussion gestattet, denn das Land ist reif für die Freiheit. Eine wirkliche Gefahr würde vielmehr aus einem Prozeßverfahren entstehen, wie solches durch das Gesetz vom 26. Mai 1819 sanktionirt worden — ein Gesetz, das die durch die Presse gekränkten Personen selbst zu Anklägern beruft. Persigny fordert in solchen Fällen ein Vorgehen des öffentlichen Ministeriums von Amtswegen, denn die Tendenz des Gesetzes von 1819 widerspreche dem Geiste unserer Zeit, wie auch unseren Gewohnheiten und Sitten, ja den Grundsätzen unserer Gesetzgebung. Würde hingegen eine amtliche Verfolgung der Presse wegen Ehrenkränkungen eingeführt, so halte er damit die Freiheit der Presse für gewonnen und ein Verschwinden fiskalischer Fesseln für möglich. Gehe man anders zu Werke, so würden 6 bis 12 Monate lange Preß-Saturnalien nur eben eine 15 bis 20 Jahre währende Unterdrückung im Gefolge haben.

Florenz, 17. Januar. Deputirtenkammer. In der Debatte über das Einnahme-Budget erklärte der Vorsitzende der Budget-Kommission, de Luca, sein gestriger Antrag über die einstweilige Vertagung der Budgetberathung sei aus der Erwägung hervorgegangen, daß mehrere Spezialfragen betreffend die Grundsteuer sowie die Besteuerung beweglichen Vermögens und der Lotterieen eine besonders eingehende Erörterung erfordern würden; er beantrage deshalb, diese Fragen noch nicht in die gegenwärtige Diskussion hineinzuziehen. Der Finanzminister Cambray-Digny sprach sich sehr anerkennend über die Arbeiten der Budget-Kommission aus und erklärte, daß er gern bereit sei, sich über die oben erwähnten Fragen im Schooße der Kommission ausführlich auszusprechen. — Gutem Vernehmen nach sind gegenwärtig lebhafte Unterhandlungen zwischen Italien und Frankreich im Zuge, welche die Rückkehr des Restes der französischen Expeditionstruppen nach Frankreich zum Gegenstande haben.

London, 17. Januar. Die preußische Brigg Nr. 2 strandete in der Nähe von Crookhaven, Schiff und Ladung sind verloren, die Mannschaft ist gerettet.

London, 17. Januar. Einer Mittheilung der „Morning Post" zufolge wird Marquis d'Azeglio wahrscheinlich bald nach seiner Rückkehr seinen Posten als Gesandter beim Hofe von St. James aufgeben. — In Dublin und Cork haben weitere Verhaftungen stattgefunden.

Dublin, 16. Januar. Der Prozeß gegen Patrick Lennox, angeschuldigt, der Leiter des auf die Eisenbahnstationen von Middletown, Stepaside und Glen-Cullen unternommenen fenischen Angriffs gewesen zu sein, ist an das Schwurgericht verwiesen worden. Die Anklage, welche vor der nächsten Assisensitzung gegen Lennox erhoben werden soll, lautet auf Hochverrath.

— Der unweit des Kap Roche (Queenstown) gestrandete Dampfer „Chicago" ist im Mittelschiff auseinander gebrochen und gänzlich wrack geworden. Ein Strandräuber wurde in letzter Nacht von einem Soldaten der Strandwache beim Plündern des Schiffes überrascht und erschossen.

Stockholm, 17. Januar. Die Thronrede, mit welcher der König heute den Reichstag eröffnete, konstatirt die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Der Eifer, mit welchem fast alle europäischen Staaten ihre Streitkräfte vermehren, gebietet auch der schwedischen Regierung, ihre Vertheidigungsmittel zu stärken. Ein neues Regierungsdepartement für Ackerbau und öffentliche Arbeiten ist nothwendig geworden. Die finanzielle Lage des Staates gestattet die Aufhebung der Waffensteuer von 1869 an. Die Jahreseinnahmen hätten die Ausgaben gedeckt, wenn die Eisenbahnbauten nicht größere Summen in Anspruch genommen hätten, als die zu diesem Behufe gemachte Anleihe gewährte. Die Regierung wird einen Plan zur Landesvertheidigung vorlegen, welcher zu Grundlagen die allgemeine Wehrpflicht und die Beibehaltung der durch die Institution der „eingetheilten Armee" gegebenen Permanenz der Cadres hat. — Mit der Anfertigung verbesserter Gewehre wird in Zukunft die einheimische Industrie ausschließlich beauftragt werden, und voraussichtlich dazu ausreichen. Die Regierung wird eine Vorlage betreffend die Abschaffung der Schuldhaft machen.

Konstantinopel, 16. Januar. Die drohende Ministerkrisis wird nunmehr für beendigt angesehen. Fuad Pascha ist gestern vom Sultan empfangen worden. Dies gilt allgemein als sicheres Anzeichen des Verbleibens Fuads und des Großvezters im Amte.

Alexandria, 13. Januar. Mittheilungen aus China erwähnen einer großen Niederlage, welche die Armee der Kaiserlichen unter Fatai durch die unter Ninfey vereinigten Insurgenten erlitten habe.

Washington, 16. Januar. Der Senat hat die Bill angenommen, wodurch die Ermächtigung des Schatz-Sekretärs M'Culloch zur Einziehung des Papiergeldes aufgehoben wird. Ein Amendement, welches bezweckte, die weitere Ausgabe von Papiergeld zu sistiren, wurde verworfen.

Pommern.

Stettin, 18. Januar. Nach einer der Armee zur Kenntniß gebrachten kriegsministeriellen Verordnung sollen im Landwehrverhältniß befindliche Kavalleristen fortan nicht mehr im Frieden zu Uebungen herangezogen werden.

— Am 31. Dezember v. J. sind 440,640 Thlr. in Darlehnskassenscheinen im Umlauf gewesen.

— Bei dem hiesigen Hülfs-Comité für Ostpreußen sind bisher 4398 Thlr. 28 Sgr. und bei dem Comité für Abhülfe des Nothstandes in Stettin und Umgegend 1595 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf. eingegangen.

— Gestern sind in der Volksküche am Pladrin 700, auf Torney 110, auf Grünhof 194, in Bredow und Bredower Antheil 290 Portionen Essen ausgegeben worden.

— Heute Vormittag wollte ein Soldat das durch die milde Witterung der letzten Tage bereits mürbe gewordene Eis der Oder vom Zimmerplatz nach dem diesseitigen Bohlwerk passiren. Er brach unterweges ein und wurde nur mit Anstrengung vom Tode des Ertrinkens gerettet. Sein Gewehr büßte er indessen bei dem Vorfalle ein.

— Vor einiger Zeit stahl der vagabondirende Drechslerlehrling Rud. Detloff aus einer Kammer des Hauses Schulzenstraße Nr. 37 ein Deckbett, welches er, wie erst jetzt ermittelt, an den Drechslergesellen Br. und dessen Braut, die unverehelichte Fried. H., verkauft hat. Diesen drei Personen wird nun der Prozeß wegen Diebstahls, resp. Hehlerei, gemacht werden. — Gestern ist der in Fortpreußen wohnhafte Arbeiter Kniebel wegen des vor Kurzem bei dem Schornsteinfegermeister Fabricius in Grabow verübten Bettendiebstahls verhaftet worden.

— Gestern Abend ist die Ziegelscheune des Herrn Wildbrett zu Neubuchholz total abgebrannt. Wie das Feuer entstanden, ist noch nicht bekannt.

— Ein bisher nicht ermitteltes Frauenzimmer erbot sich gestern, der unverehelichten Bernhard aus Gollnow, welche hier fremd war und ein dienstliches Unterkommen suchte, ein solches zu verschaffen, zu welchem Ende es das Mädchen zu verschiedenen Miethsfrauen führte. Daß jenes Frauenzimmer bei dieser Dienstleistung indessen nur ihren eigenen Vortheil im Auge hatte, bewies dasselbe dadurch, daß es die Bernhard schließlich nach der Baumstraße führte, derselben dort unter einem nichtigen Vorwande ein Umschlagetuch und eine Tasche abnahm und mit diesen Gegenständen in einem Hause, welches einen Durchgang nach der kleinen Oderstraße hatte, spurlos verschwand.

Stargard, 17. Januar. Wie der „B. a. d. W." wissen will, beschäftigen sich die Behörden des Pyritzer Kreises bereits mit der Einleitung zum Bau von Chausseen im dortigen Kreise, auch sollen von dem Pyritzer Kreistage bereits die Kosten zu den Vorarbeiten der projektirten Straßen bewilligt sein. Die zum Bau designirten Wege sind darnach folgende: 1) Stargard-Berlinchen; 2) Pyritz Bahn und 3) Pyritz-Dölitz. Die Chaussee ad 1 bezweckt jedenfalls vorzugsweise eine bessere Verbindung zwischen Stargard und Landsberg a. W., die ad 2 eine solche zwischen Pyritz und Königsberg (Neum.) resp. Schwedt und die ad 3 hat den Zweck, Pyritz und die auf der Tour belegenen bedeutenden Dörfer und Güter mit der Eisenbahn zu Dölitz in bessere Verbindung zu bringen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Januar. Witterung: schön. Temperatur + 7 ° R. Barometer 27" 7'". Wind: NW.

Weizen behauptet, loco per 2125 Pfd. gelber inländ. 99—104 1/4 Rt., bunter polnischer 97—102 Rt., feiner weißer 104—106 Rt., 83—85pfd. gelber Januar 98 Rt. nom., Frühjahr 98 1/2, 99 Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen wenig verändert, loco pr. 2000 Pfd. 74—75 Rt., feiner 75 1/2—76 1/2 Rt., Januar 75 1/2 Rt. bez., Januar-Februar 75 1/2 Rt. Gd., Frühjahr 75 3/4 Rt. bez. u. Gd., 76 Br., Mai-Juni 76 Rt. Gd., Juni-Juli 76 Rt. bez.

Gerste ungarische und mährische nach Qual., loco per 1750 Pfd. 52—54 Rt., 69—70pfd. schlesische Frühjahr 54 Rt. Gd.

Hafer loco per 1300 Pfd. 35 1/2, 36 Rt., 47—50pfd. Frühjahr 37 1/2 Rt. Br., 1/4 Gd.

Erbsen loco 67 1/2—70 Rt., Frühjahr Futter- 69 1/2 Rt. Gd.

Lupinen gelbe loco 40 Rt. Br., Frühjahr 42 Rt. Br., blaue loco 38 Rt.

Petroleum loco 6 11/12, 5/6 Rt. loco bez.

Rüböl niedriger, loco 10 Rt. bez., 10 1/6 Br., Januar 9 11/12 Rt. bez., Januar-Februar 9 11/12 Rt. Br., März 10 1/12 Rt. bez. u. Br., April-Mai 10 1/6 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 10 5/12 Rt. bez.

Spiritus matt, loco ohne Faß 19 7/8 Rt. bez., Januar-Februar 19 3/4 Rt. Br., Frühjahr 20 1/6 Rt. Gd., 1/4 Br., Mai-Juni 20 1/2 Rt. Br. u. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 98, Roggen 75 1/2, Rüböl 9 11/12, Spiritus 19 3/4.

Landmarkt.

Weizen 96—102 Rt., Roggen 72—75 Rt., Gerste 50—53 Rt., Hafer 37—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 67—70 Rt. per 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 17 1/2—22 1/2 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Kartoffeln 23—28 Sgr.

Breslau, 17. Januar. Spiritus per 8000 Tralles 19 1/4. Weizen per Januar 94 1/2 Br. Roggen pr. Januar 71 3/4, per Frühjahr 73. Rüböl pr. Januar 9 5/6 pr. Frühjahr 9 11/12. Raps 89 1/2 Br. Zink fest.

Hamburg, 17. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, aber nicht billiger käuflich, auf Termine sehr fest, aber unbelebt. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 176 1/2 Bankothaler Br., 175 1/2 Gd., Januar-Februar 175 Br., 174 Gd., pr. Frühjahr 174 Br., 173 1/2 Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., Januar-Februar 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 134 Br. u. Gd. Hafer ohne Kauflust. Rüböl fester, loco 22 1/8, per Mai 23. Spiritus unverändert. Kaffee ruhig. Zink fest. — Regen.

Amsterdam, 17. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen stille und unverändert. Roggen pr. März 303 1/2, pr. Mai 306 1/2. Raps pr. April 66 1/2. Rüböl per Mai 35, pr. November-Dezember 36 1/8.

London, 17. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Marktbesuch beschränkt. Weizen guter Qualität gesucht, fremder eher beachtet, beschränktes Geschäft zu unveränderten Preisen. Gerste und Hafer ruhig.